

QUARTALSBERICHT

Projektland: Bulgarien

Quartal/Jahr: II/2011

Schlagzeilen

- 1. Das Europäische Parlament stimmte im Mai mit großer Mehrheit dem Schengen- Beitritt Bulgariens zu. Das Beitrittsdatum soll beim nächsten Treffen des Rates der EU- Innenminister in Brüssel am 22. September beschlossen werden.**
- 2. Die Staatspräsidentenwahl und die Gemeinderatswahlen werden am 23. Oktober 2011 sein. Die regierende konservative Partei GERB hat noch keine Nominierung für den Posten des Staatspräsidenten bekannt gegeben.**
- 3. Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung im Justiz- und Sicherheitsbereich.**
- 4. Drastischer Rückgang der Bevölkerungszahl in Bulgarien nach der letzten Volkszählung: von 7.932.984 im Jahr 2001 auf 7.351.234 im Jahr 2011.**

Das Europäische Parlament stimmte im Mai mit großer Mehrheit dem Schengen- Beitritt Bulgariens zu. Das Beitrittsdatum soll am nächsten Treffen des Rates der EU- Innenminister in Brüssel am 22. September beschlossen werden

Im Mai stimmten die europäischen Abgeordneten im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zu, dass Bulgarien und Rumänien alle technischen Kriterien für den Schengen-Beitritt erfüllt haben und in der Lage sind, die europäischen Außengrenzen zu überwachen (s. I QB 2011).

Einen Monat später stimmte das Plenum des Europäischen Parlaments dem Beitritt beider Länder zum Schengenraum bis Ende 2011 mit großer Mehrheit zu. Allerdings konnten sich die Innenminister der EU-Staaten am Ratstreffen einen Tag danach auf eine entsprechende Entscheidung, die einstimmig gefällt werden muss, nicht einigen. Das Beitrittsdatum soll beim nächsten Treffen des Rates der EU - Innenminister in Brüssel am 22. September beschlossen werden. Bis dahin wird der jährliche Monitoringbericht der Europäischen Kommission erscheinen. Erwartet wird, dass darin die Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität in Bulgarien und Rumänien konstatiert werden.

Nach inoffizieller Information werden in den bulgarischen Medien zwei wahrscheinliche Szenarien lanciert: Bulgarien und Rumänien treten nächstes Jahr dem Schengen-Abkommen bei, wobei die Entscheidung darüber nach dem europäischen Monitoringbericht 2012 fällt, oder der Schengen- Beitritt beider Staaten erfolgt stufenweise – bis Ende 2011 entfällt die Kontrolle an den Luftgrenzen, nächstes Jahr die Kontrolle an der bulgarischen Landesgrenze mit Griechenland.

Im Juli wird der bulgarische Innenminister Tsvetan Tsvetanov den deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag besuchen, um die Abgeordneten über die Erfolge bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption sowie über die Vorbereitung des Landes für Schengen zu informieren. Im September wird Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich Bulgarien besuchen.

Bis Mai 2011 sind Verträge für 45 % der Mittel (2,9 Milliarden Euro) aus den operationellen EU- Programmen für Bulgarien für den Zeitrahmen 2007 - 2013 geschlossen worden.

11,26 % der Gelder, oder insgesamt 751,6 Mio. Euro, sind schon ausbezahlt. Die meisten Mittel sind von folgenden Programmen abgerufen worden: 200 Mio. vom Programm "Wettbewerbsfähigkeit", 178,4 Mio. Euro vom Programm "Regionale Entwicklung", 126 Mio. Euro vom Programm "Transport".

Priorität der bulgarischen Regierung ist der Infrastrukturausbau. Nach der Nationalen Strategie für die Straßeninfrastruktur werden bis 2020 sieben Autobahnen und sieben Schnellstraßen mit Gesamtkosten von 5 Milliarden Euro gebaut. Von diesen Projekten sind schon einige im Bau.

Im Berichtszeitraum wurden auch wichtige Vorhaben im infrastrukturellen Bereich realisiert. Zwei Beispiele dafür sind die technisch schwierige Bergautobahn "Ljulin" mit Gesamtkosten von 185 Mio. Euro (75 % Finanzierung von ISPA – Programm) und die neue Kläranlage von Sofia für 22 Mio. Euro (ebenfalls 75 % Finanzierung vom ISPA – Programm).

Die Stadt Sofia wird als "Europäische Kulturhauptstadt" im Jahr 2019 kandidieren.

Die Staatspräsidentenwahl und die Gemeinderatswahlen werden am 23. Oktober dieses Jahres sein. Die regierende konservative Partei GERB hat noch keine Nominierung für den Posten des Staatspräsidenten bekannt gegeben

Das Verfassungsgericht entschied, dass die mit dem neuen Wahlgesetzbuch eingeführte Residenzpflicht (fester Wohnsitz in den letzten zwölf Monaten) verfassungswidrig ist. Deshalb änderte die Mehrheit im Parlament die Gesetzesvorschrift diesbezüglich auf vier Monate (s. erster QB 2011).

Die Residenzpflicht ruft heftige politische Diskussionen im Lande hervor und zwar nicht nur wegen der Stimmen der in der Türkei lebenden bulgarischen Türken (bislang haben sie in vielen gemischten Regionen die Wahl des Bürgermeisters entschieden). Eine in den letzten Jahren immer stärker vorkommende Form des Kaufs von Wahlstimmen ist die fiktive Änderung des Wohnsitzes mehrerer Wahlberechtigten unmittelbar vor dem Wahltermin. In kleinen Gemeinden kann so die Wahl zugunsten eines Bürgermeisters entschieden werden. Über solche Fälle fiktiver Umsiedlung von mehreren Personen wurde in den letzten Monaten wiederholt berichtet. Nach Ermittlungen kam es in einigen Fällen zu Strafanklagen

gegen die Organisatoren solcher Manipulationen der Wählerlisten durch scheinbare Migration von Wählenden. In einem Fall wurde ein amtierender Bürgermeister verhaftet. Ihm wurde nachgewiesen, dass er mehrere hundert Bürger gegen ein Entgelt von 200 Leva dazu bewogen hat, sich als wohnhaft in seiner Dorfgemeinde zu melden, obwohl sie dort keinen Wohnsitz hatten.

Die Staatspräsidentenwahl und die Gemeinderatswahlen werden am 23. Oktober dieses Jahres sein. Wenn keiner der Kandidaten über 50 % der Stimmen bekommt, wird es eine Stichwahl geben, die eine Woche danach, am 30. Oktober, stattfinden wird.

Die regierende konservative Partei GERB hat noch keine Nominierung für den Posten des Staatspräsidenten bekannt gegeben. Es kursieren die Namen einiger GERB - Kandidaten, einschließlich des Ministerpräsidenten Bojko Borissov. Die Parteizentrale habe entschieden, die Kandidatur erst im September bekannt zu geben.

Unter den bereits bekannten Kandidaten für den Posten des Staatspräsidenten ist die frühere bulgarische Europakommissarin für Verbraucherschutz Meglena Kuneva. Ihre politische Laufbahn begann in der NBSII. (die Zarenpartei). Vor ihrer Wahl zur Kommissarin war sie Europaministerin in der Regierung von Simeon Sachscoburggotski (2001 – 2007). Sie wird aber als Unabhängige kandidieren und hat durchaus Chancen bis zur Stichwahl zu kommen. Ihre Tätigkeit als EU-Kommissarin für Verbraucherschutz wird hoch bewertet.

Laut einer Umfrage der Meinungsforschungsagentur MBMD vom 26. Mai 2011 würden an der Staatspräsidentenwahl für den GERB-Kandidaten 29,2 % der Bürger stimmen, für Meglena Kuneva - 11,8 %, für den BSP-Kandidaten - 11,6 %. Alle Prognosen vor der Nominierung der Kandidaten der größten Parteien sind jedoch zu vage.

Die Blaue Koalition hat am 12. Juni in einer Vorwahl die Kandidaten der “blauen“ Koalitionspartner(UDK und DSB) für die Posten des Staatspräsidenten sowie des Oberbürgermeisters von Sofia bestimmt. An dieser Vorwahl konnten alle wahlberechtigten Bürger abstimmen. Teilgenommen haben etwa 76 000 Bürger. Laut Wahlergebnis wird Rumen Christov von der Union der demokratischen Kräfte (UDK) für den Posten des Staatspräsidenten kandidieren, für den Oberbürgermeister von Sofia Proschko Proschkov von den Demokraten für ein starkes Bulgarien (DSB).

Die Prognosen für die Wahl zum Oberbürgermeister der Hauptstadt Sofia zeigen, dass die amtierende Oberbürgermeisterin von GERB Jordanka Fandakova mit großer Wahrscheinlichkeit wiedergewählt wird.

Die entscheidende Rolle für die Wahl des Staatspräsidenten, wie auch bei früheren Wahlen, wird die Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF- Türkenpartei) spielen. Diesmal hat diese Partei deklariert, dass sie einen eigenen Kandidaten nominieren wird. Mit den konstanten 10 – 12 % dieser Partei hätte dieser aber keine realen Chancen zum Staatspräsidenten gewählt zu werden. Jedoch hat diese Partei eine stärkere Position bei den Verhandlungen um die Unterstützung für die eine oder andere Kandidatur bei der erwarteten Stichwahl. In vielen Kommentaren in

den Medien wird behauptet, dass die Stimmen der Anhänger dieser Partei die Stichwahl entscheiden würden.

Im Berichtszeitraum wurden zwei Abgeordnete der BRF aus der parlamentarischen Fraktion und aus der Partei ausgeschlossen. Sie hatten offen verlangt, dass der Parteivorsitzende Ahmed Dogan von seinem Posten zurücktritt.

Im Juni haben fünf Abgeordnete die Partei "Ataka" und die parlamentarische Fraktion dieser Partei verlassen. Grund dafür waren die wiederholten xenophoben Handlungen in den letzten Monaten. Im krassesten Fall griffen Ataka – Anhänger, angeführt vom Parteivorsitzenden Volen Siderov, während ihrer Protestaktion gegen die Verwendung von Lautsprechern am Minarett der Moschee in Sofia, Muslime vor dieser Moschee während ihres Freitaggebets an. Darauf entstand eine heftige Schlägerei mit Metallstöcken und Steinwürfen. Das Parlament verurteilte mit einer Erklärung diesen Akt von Ataka als grobe Handlung gegen den ethnischen Frieden und den Glaubensfrieden in Bulgarien. Die regierende Partei GERB distanzierte sich entschieden von Ataka.

Nach der politischen Entwicklung im letzten Jahr wird die GERB - Minderheitsregierung zwei Jahre nach den Parlamentswahlen von keiner anderen parlamentarischen Fraktion unterstützt. Jedoch gibt es inzwischen 18 Abgeordnete, die ihre Parteifraktionen verlassen haben und seitdem als Unabhängige bezeichnet werden. 10 davon unterstützen die Regierung. GERB hat 117 von insgesamt 240 Abgeordneten und hat mit den Stimmen der Unabhängigen die parlamentarische Mehrheit.

Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung im Justiz- und Sicherheitsbereich

An einer Pressekonferenz im April kündigte der stellvertretende Innenminister Dimitar Georgiev an, dass mindestens 130 Mio. Leva (1 Euro – 1,95 Leva) in der Energiewirtschaft gewaschen wurden. Die Polizei arbeite an mehreren Ermittlungen, die meisten illegalen Gelder werden in "der grünen Energie" gewaschen.

Im Juni entschied das Parlamentsplenum das neue spezialisierte Strafgericht gegen die OK anstatt ab August d.J. vom 1. Januar 2012 zu statuieren (s. I QB 2011). In dieser Zeit sollte eine optimale Personalbesetzung der neuen Strukturen ermöglicht werden und spezialisierte Fortbildung für die ermittelnden Polizisten durchgeführt werden.

Das Sofioter Appellationsgericht verurteilte den früheren stellvertretenden Innenminister (2005-2009) Raif Mustafa wegen Vermittlung von 50.000 Euro Bestechungsgelder für einen öffentlichen Auftrag für zwei Patrouillenboote der staatlichen Aufsichtsagentur für Fischerei zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldbuße von 3.000 Leva. Zuletzt wurde er von der ersten Gerichtsinstanz – dem Sofioter Stadtgericht – wegen Mangel an Beweisen freigesprochen (s. II QB 2010).

Anfang April wurde Atanas Valkov, Vorsitzender des Verwaltungsgerichts in Burgas, festgenommen. Durch einen verdeckten Einsatz der Polizei konnte festgestellt werden, dass er versucht hat, ein Grundstück von 1,2 ha an der

Schwarzmeerküste für 2,2 Mio. Euro zu verkaufen. Dieses Grundstück gehört aber in Wirklichkeit anderen Eigentümern, durch Dokumentenfälschung hatte Valkov sich vorher das Land angeeignet.

Anfang Juni wurde eine organisierte Gruppe von insgesamt zehn Verkehrspolizisten festgenommen, die jahrelang auf der Autobahnstrecke Sofia – Plovdiv Fahrer erpresst haben, Bestechungsgelder zu zahlen. Die Polizisten haben ihre Radargeräte manipuliert, höhere Geschwindigkeiten als die tatsächlichen anzuzeigen und haben dann von den Fahrern Summen zwischen 20 und 50 Leva gefordert. Auf einer Pressekonferenz gab Innenminister Tsvetanov bekannt, dass diese Gruppe allein während der diesjährigen Osterfeiertage 4500 Leva einkassiert habe.

Christo Kovatschki, der 2009 mit seiner Partei "Leader" knapp an der vierprozentigen Hürde bei den Parlamentswahlen scheiterte, wurde nach dreijährigem Gerichtsverfahren wegen Steuerhinterziehung von 16 Mio. Leva zu drei Jahren Haft auf Bewährung und 20.000 Leva Geldbuße verurteilt.

Er besitzt viele Unternehmen in der Energiebranche und in seinen Firmen beschäftigt er mehrere Tausende Arbeiter. (s. II QB 2009)

Dieses unverhältnismäßig milde Urteil löste eine Welle von Vorwürfen gegen das bulgarische Justizsystem. aus Der US- Botschafter in Sofia, James Warlick, sagte, dass es in Bulgarien zwei Gerichtssysteme gäbe: eines für die Reichen und Machthabenden, die über dem Gesetz stehen, und das andere für die "gewöhnlichen" Bulgaren.

Drastischer Rückgang der Bevölkerungszahl in Bulgarien nach der letzten Volkszählung: von 7.932.984 im Jahr 2001 auf 7.351.234 im Jahr 2011

Im April veröffentlichte das Nationale Statistische Institut erste besorgniserregende Ergebnisse aus der im Februar d.J. durchgeführten Volkszählung. Die Bevölkerungszahl ist von 7.932.984 im Jahr 2001 auf 7.351.234 im Jahr 2011 geschrumpft. Bei der Volkszählung im Jahr 1985 lebten in Bulgarien 8.948.649 Einwohner.

Als Hauptgrund für den starken Rückgang der Bevölkerungszahl im Lande wird die niedrige Geburtenrate angegeben. An zweiter Stelle kommt die Emigration, die aber in den letzten zehn Jahren keine steigende Tendenz aufweist.

Damit die finanzielle Stabilität Bulgariens auch in Zukunft garantiert wird und den vorgesehenen Maßnahmen des Euro-Plus-Paktes entsprochen wird, wurde mit gesetzlichen Änderungen der Pakt für Finanzstabilität verabschiedet. Nach diesem Pakt, der am 1. Januar 2012 in Kraft tritt, darf das staatliche Haushaltsdefizit 2 % nicht überschreiten und die staatlichen Ausgaben dürfen 40 % des BIP nicht übersteigen. Die Regierung wollte ursprünglich diese Regel auf Verfassungsebene verankern, jedoch konnte sie die dafür notwendige 2/3 Mehrheit im Parlament nicht erreichen.

Trotz der vielen Protestaktionen und der Forderungen von Gewerkschaften und Opposition hat die Regierung entschieden, die Beamtengehälter und die Renten auch in diesem Jahr nicht zu erhöhen. Nur die Witwenzulage zu den Renten wird ab dem 1. September von 20 auf 26,5 erhöht (Diese Erhöhung war im Wahlprogramm von GERB deklariert).

Ebenfalls wird der Mindestlohn von 240 auf 270 Leva erhöht. Dadurch wird auch indirekt erzielt, dass die Gehälter in der privaten Wirtschaft um etwa 10 % steigen, weil in vielen Tarifverträgen der Mindestlohn als Grundlage für die Berechnung aller Gehälter dient.

Einer der Hauptgründe für die Probleme bei der Abrufung von EU- Mitteln sind die festgestellten Mängel bei den öffentlichen Ausschreibungen. Nach Angaben der staatlichen Agentur für Finanzinspektion sind im Jahr 2010 Verstöße bei 64 % aller landesweit kontrollierten öffentlichen Aufträge konstatiert worden, 2009 – bei 58 %. Deswegen werde die Kontrolle durch Gesetzesänderungen verstärkt.

Die Inflationsrate für 2011 erreichte Ende Mai 2,6 %, die Jahresinflation von Mai 2010 bis Mai 2011 ist 4,8 %.

Die Unterzeichnung des Vertrags für das AKW “Belene“ wurde Ende Juni erneut um drei Monate verschoben. In dieser Zeit erstellt die von der Regierung beauftragte HSBC – Bank einen Wirtschaftsplan. Es sollen auch erneute Tests für die Sicherheit der geplanten Reaktoren durchgeführt werden. Wirtschaftsminister Traicho Traikov gab bekannt, dass alternativ an den Bau von neuen Reaktoren im existierenden AKW “Kozlodui” nachgedacht werde.

Die Regierung hat die Privatisierung von noch staatlichen Großunternehmen eingeleitet. Für die landesweite Tabakholding “Bulgartabak” läuft bereits eine Ausschreibung. Verkauft werden auch die staatlichen Anteile in den drei Stromverteilungsgesellschaften – E.oN, EVN und CEZ. Ein Drittel der Aktien in diesen Gesellschaften gehören dem Staat.

Bogdan Mirtshev

Der Autor, ist Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Sofia, Bulgarien

IMPRESSUM

Erstellt: 18.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de